

Und die Geschichte wiederholt sich doch, denn spätestens mit dem Einsetzen der „Gesundheitsreform“ ist klar, dass für uns alle wieder eine Zeit anbricht, in der wir ohne soziale Sicherungssysteme auskommen sollen. Unter dem Vorwand, den Sozialstaat „reformieren“ zu wollen, damit Deutschland auch in Zukunft „handlungsfähig“ bleibt und die Arbeitsmarktreformen auch so richtig „greifen“ können, wird das Ende des Sozialstaates vorbereitet.

Weg mit der Agenda 2010 !

Dass die Regierungselite mit ihren „Reformbestrebungen“ nicht die Interessen von Erwerbstätigen, Erwerbslosen, RentnerInnen oder gar chronisch Erkrankten und Behinderten vertritt, wird allen klar, die sich die Maßnahmen ansehen, mit denen es wieder bergauf gehen soll. Vielmehr lesen sich die angestrebten Veränderungen wie eine Wunschliste des Kapitals und der herrschenden Elite: Ob de facto sinkende Renten, Kürzungen für SozialhilfeempfängerInnen oder Einführung der Praxisgebühr, alle müssen sparen oder Einbußen hinnehmen, um auch weiterhin Steuergeschenke für das Kapital zu ermöglichen. Unverhohlen werden die letzten Elemente des Klassenkompromisses beseitigt und uns der soziale Krieg von oben erklärt.

Und ob damit angesichts der momentanen Diskussion um die Flächen-tarifverträge, die Einsparungen im Bildungs- und Kultursektor und die flächendeckende Einführung von Studiengebühren das Ende der Fahnenstange erreicht ist, darf bezweifelt werden.

Die Überreste der sozialen Sicherungssysteme werden damit – netterweise von der Sozialdemokratie – beseitigt, die Umverteilung von Unten nach

Oben endgültig zur sachlichen Notwendigkeit festgeschrieben, der Mensch nur noch als „Kostenfaktor“ begriffen.

Spätestens jetzt müssen auch GewerkschafterInnen ihr jahrzehntelanges Bündnis mit der SPD kritisch hinterfragen und aufkündigen, wollen sie in Zukunft noch als Interessensvertretung der Lohnabhängigen mit politischem Anspruch ernst genommen werden.

2004: Sozialen Unfrieden gegen ein Klima der Angst organisieren

Zahllose Demonstrationen, die Proteste von Studierenden, die Gründung von Sozialforen und das stärkere Zusammenrücken von gesellschaftlichen Randgruppen wie Behinderten in sogenannten „Beiräten“ oder „Parlamenten“ zeigen, dass nach und nach immer mehr Menschen realisieren, was die Agenda 2010 und die Gesundheitsreform für sie und uns alle wirklich bedeuten: Sozialen Kahlschlag und nachhaltige Zerstörung des Sozial-, Gesundheits- und Bildungssystems.

In einem Klima der Existenzangst, in dem alle um ihre Jobs bangen und etwa Sozialversicherungsbeiträge nicht mehr

als legitime Ansprüche der ohnehin Ausgebeuteten, sondern schlicht als „Lohnnebenkosten“ gelten, sollen sich alle dankbar für jeden durch die gebeutelte Wirtschaft selbstlos dargebotenen Job erweisen. Verständnis sei aufzubringen, dass die „Kosten“ für Erwerbsarbeit auf ein Minimum gesenkt und die Arbeitskraft so flexibel wie möglich ausgebeutet werden müsse. Es sei schließlich nur zu unserem Besten, genau wie die angestrebten „Reformen“.

Damit wird der wahre Charakter dieser Maßnahmen zur „Rettung des Sozialstaates“ klar: Die bedingungslose Unterordnung aller gesellschaftlichen Teilbereiche unter die brutale neoliberale Verwertungslogik.

Während sich die herrschende Klasse in Anbetracht der angedachten Maßnahmen die Hände reibt, verschlechtern sich für die meisten Menschen die Lebens- und Erwerbsbedingungen weiter. Wer sich die Vorhaben der Bundesregierung und der Opposition ansieht, weiß, dass mit den Angekündigten „schmerzhaften Einschnitten für alle“ eben längst nicht „alle“ gemeint sind, sondern dass hier eine weitere Umver-

weiter auf Seite 2



Seien wir realistisch:

Ohne Revolution - läuft nix!

Ausbeutung und Unterdrückung gibt es nicht nur im globalen Maßstab zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden, sondern sie sind auch innerhalb der entwickelten kapitalistischen Staaten alltäglich. Dauerhafte Massenarbeitslosigkeit, Löhne, von denen Menschen kaum noch leben können, und massiver Sozialabbau sind die logische Folge eines ungebremsten Neoliberalismus, der sich als Ideologie in fast allen Bereichen des öffentlichen Lebens durchgesetzt hat.

Ob nun soziale Sicherungssysteme, Bildung, Strom- oder Wasserversorgung, nahezu alles, was bisher dem Staat in seiner sozialen Verantwortung oblag, wird nun privatisiert und dem Marktdiktat unterworfen. Löhne werden gesenkt und jahrelang erkämpfte Rechte der ArbeitnehmerInnen gnadenlos beseitigt, immer unter dem Vorwand, die Wettbewerbsfähigkeit im weltweiten Konkurrenzkampf sichern zu wollen. Die Folge ist eine zunehmende Verelendung größerer Bevölkerungsteile und die Verfestigung der Spaltung der Gesellschaft: Eine besitzende Minderheit kontrolliert den Produktionsprozess und trifft über die Märkte die wesentlichen gesellschaftlichen Entscheidungen, während die Mehrheit der Bevölkerung froh sein kann, wenn sie ihre Arbeitskraft verkaufen darf und nicht auf dem gesellschaftlichen Abstellgleis der Arbeitslosigkeit für immer geparkt wird.

Die bürgerlichen Parteien bieten keine Alternativen!

Die neoliberale Ideologie und die damit verbundenen politischen Entscheidungen haben sich nach dem Zusammenbruch des „Real Existierenden Sozialismus“ fest in der bürgerlichen Parteienlandschaft etabliert. Das Diktat des Marktes wird als unveränderliches Dogma zum Ende der wirtschaftspolitischen Weisheit erhoben. Dass etwa die CDU den Kapitalismus nicht in Frage stellt oder versucht, gegen die Unternehmerinteressen zu handeln, ist eh klar. Aber auch die Sozialdemokratie versucht dies nicht einmal mehr im Ansatz, im Gegenteil: Sie reicht den Konzernen die Hand und vertritt immer offener deren Interessen. Mit der weitgehenden Abschaffung des Kündigungsschutzes, dem Abbau der sozialen Sicherungssysteme und weiteren Steuerentlastungen für Unternehmen hat die rot-grüne Regierung – auch Dank ihres guten Drahts zu den Ge-

werkschaften – das neoliberale Projekt massiver vorangetrieben, als es CDU und FDP je gekonnt hätten. Wenn auch die Möglichkeiten jeglicher Regierungspartei ohnehin gering sind, gegen die wirtschaftliche und damit verbunden auch politische Macht der großen Konzerne zu regieren, kann hier nicht einmal von einem ernsthaften Versuch gesprochen werden.

Die Diskussion um die sog. „neue Linkspartei“ ist vor diesem Hintergrund zwar begrüßenswert, weil sie hoffen lässt, dass noch mehr Menschen ihre Illusionen über die SPD (und die Grünen) verlieren. Es ist natürlich auch positiv, wenn sich diese Menschen nicht in die Resignation flüchten, sondern nach politischen Alternativen suchen. Es ist aber zu befürchten, dass diese neue Partei, statt den Kampf um soziale Errungenschaften offensiv aufzunehmen, nur ein Wiederaufleben der „alten Sozialdemokratie“ der Siebzigerjahre versuchen und ihr Heil im „gerechteren Gestalten“ des Kapitalismus suchen wird – ein Versuch, der angesichts der veränderten Bedingungen zum Scheitern verurteilt ist.

Sozialreform vs. Revolution

Jedenfalls aber muss der Erhaltung und dem Ausbau sozialer und demokratischer Errungenschaften in der Phase der strategischen Defensive der Linken ein besonderes Augenmerk geschenkt werden. Soziale (Abwehr-) Kämpfe müssen durch Druck auf der Straße außerparlamentarisch geführt werden, um trotz der sozialen Misere nicht jeglichen politischen Handlungsraum zu verlieren. Gerade nach der Aufkündigung des „Klassenkompromisses“ durch die Kapitalisten müssen alle Lohnabhängigen und Arbeitslosen soziale Errungenschaften zukünftig noch härter und entschlossener verteidigen. Wir müssen den von

weiter auf Seite 2

3.4.2004:

Europäischer Aktionstag gegen Sozialabbau

„Wir wollen alles: Das heißt für uns, dass wir nicht länger hinnehmen wollen, dass Menschen an ihrer Verwertbarkeit gemessen werden. Das heißt für uns, dass wir nicht länger hinnehmen wollen, dass Frauen wieder zurück in die Familie gedrängt werden, dass sie diejenigen sind, die den Großteil der am schlechtesten entlohnten Arbeit verrichten. Das heißt für uns, dass wir auf der Seite derjenigen stehen, denen noch nicht mal die minimalsten Rechte, zum Beispiel ein legaler Aufenthaltsstaus gewährt wird, und auf Seite derer, die so in die Illegalität gedrängt werden. Das heißt für uns die kollektive soziale Aneignung, das Beharren darauf, dass alle (weltweit und egal welche Leistung sie bringen) das Recht auf ein schönes Leben haben und dass wir nicht vorhaben, darauf zu warten, dass es jemand anderes für uns richten wird.“ (den ganzen Text findet Ihr hier: <http://act.so36.net>)

Aus dem Aufruf für den Wir-wollen-Alles-Block von ACT! März 2004 [Antifaschistische Linke Berlin | Autopool | FeS | iSubversion International!]. Unterstützt von ak - analyse + kritik, Antifa Aktion Lüneburg / Uelzen, antifa aktion hannover [aah], Antifaschistisches Bündnis Marzahn/Hellersdorf, Archiv der sozialen Bewegungen Bremen, Autonome Antifa - J - Frankfurt a. d. O, AVANTI - Projekt undogmatische Linke, Fantômas, Funk The System Berlin, Initiative Storch-Jena, Libertäre Harburg, Linkeseite.de - Webportal, Potsdamer Mobilisierungstreffen „Wir wollen alles“, Organisierte Autonomie Nürnberg, [solid] Bremen, [solid]36 - socialist youth kreuzberg

Kommt zum Wir-Wollen-Alles-Block ! 10 Uhr, Alexanderplatz

**WIR WOLLEN
ALLES!**



Weg mit der Agenda 2010!

Fortsetzung von Seite 1

teilung des gesellschaftlichen Reichtums von Unten nach Oben forciert wird.

„Soziale Gerechtigkeit“: „Reformen“ gegen Erwerbslose und Erwerbstätige

Spätestens jetzt dürfte allen klar werden, wie der von der SPD proklamierte schwammige Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“ zu verstehen ist:

„Soziale Gerechtigkeit“ Marke SPD bedeutet eine zunehmende Verschlechterung und Verarmung für alle. Das Einzige „gerechte“ an den anstehenden Veränderung ist also, dass nicht nur eine einzelne gesellschaftliche Gruppe von dem massiven sozialen Kahlschlag betroffen ist, sondern alle von den solidarischen Sicherungssystemen Abhängigen, egal ob Erwerbslose oder Erwerbstätige. So werden die eh schon benachteiligten Menschen in unserer Gesellschaft weiter ausgegrenzt und andere zunehmend in die Armut getrieben, das Phänomen der „working poor“ kann nun auch bei uns bestaunt werden.

Getreu dem Ausspruch, dass sich „Geschichte wiederholt“, wird es in Zukunft für Unternehmen die Möglichkeit geben, StammbesitzerInnen gegen LeiharbeiterInnen mit minimaler Absicherung auszutauschen, was de facto sichere Arbeitsplätze in diese Ausbeutungsverhältnisse umwandeln und die Tagelöhner wieder salonfähig machen wird. Weder diese „Flexibilisierung“ noch ein Vorziehen der Steuerreform wird neue Arbeitsplätze schaffen, beides wird nur zu einem verstärktem individuellen Druck auf Lohnabhängige führen: So sind im Zweifelsfall nicht die Unternehmen oder die Regierung schuld an der prekären Arbeitsmarktsituation, sondern die Menschen einfach zu „unwillig“, „unflexibel“ oder gar „faul“. Anstatt aktiver Arbeitsmarktpolitik setzen sowohl Bundesregierung als auch Opposition auf Repression gegen Erwerbstätige und Erwerbslose. Nicht einmal ein eigentlich sozialdemokratisches Modell wie die Schaffung eines steuerfinanzierten öffentlichen Beschäftigungssektors der sozialen, kulturellen und ökologischen Arbeit wird diskutiert, was wieder einmal zeigt, dass die Regierung nicht an der Lösung des Beschäftigungsproblems interessiert ist – stattdessen versteckt sie sich hinter selbstgeschaffenen Sachzwängen wie z.B. den EU-Konvergenzkriterien, mit denen der rigide Sparkurs gerechtfertigt wird.

Als Folge dieser Entwicklung wird die Arbeit von Gewerkschaften in Betrieben zunehmend erschwert und der Spielraum, auf dem Erwerbstätige sich solidarisieren, um gemeinsam den sozialen Kampf aufzunehmen, stark eingengt.

„Gesundheitsreform“: Schon mal ohne Zähne gelacht?

Seit dem 1.1.2004 ist es endlich so weit, die sogenannte „Gesundheitsreform“, angesprochen, um das „marode“ Gesundheitswesen zu „modernisieren“, ist in Kraft getreten. Die konkreten Auswirkungen dieser noch nicht abgeschlos-

senen „Reform“ sind schon jetzt für alle spürbar: Praxisgebühren, höhere Selbstkostenbeiträge etc. sorgen dafür, dass Klassenunterschiede auch wieder körperlich sichtbar werden. Wie sich Angehörige einer Familie mit Kindern dann noch den Zahnersatz leisten sollen, steht vorerst in den Sternen, und auch mit dem Beschluss, Ärzte sollen sich um die Eintreibung der Praxisgebühren kümmern, sehen schon viele im Geiste den Gerichtsvollzieher den Fernseher mitnehmen, um die Kosten der letzten Impfung zu begleichen. Die sogenannte Gesundheitsreform stellt sich damit genauso in einen neoliberalen Kontext wie die „Agenda 2010“: Wer krank wird, hat halt selber schuld, „individuelle Vorsorge“ heißt das Zauberwort – doch was machen Menschen, für die das Gesundheitswesen lebensnotwendig ist, chronisch Erkrankte, körperlich oder geistig Behinderte? In der alles beherrschenden brutalen Verwertungslogik werden sie zunehmend als „Kostenfaktoren“ betrachtet und zur Belastung für die Allgemeinheit stilisiert, die Schritt für Schritt reduziert werden muss.

In der Realität bedeutet dieses eine Reduzierung der Lebensqualität durch Beschränkung therapeutischer oder anderer Maßnahmen in unmenschlichem Ausmaß.

Gegen Bildungsklausur

Die herrschende Auslegung der sogenannten PISA-Studie kennen alle: Schlechte und faule SchülerInnen, unmotivierte LehrerInnen und Lehrinhalte, die den Ansprüchen der „freien Wirtschaft“ nicht gerecht würden. Dass auch das als leistungsfördernd verbrämte, selektiv wie nirgends sonst wirkende dreigliedrige deutsche Schulsystem dies nicht ändert, wird dabei meist geflissentlich ignoriert.

Neben eventuell zu ändernden Unterrichtsformen ist dieses Schulsystem jedoch der eigentliche Skandal: Kinder werden in der Regel meist bereits nach vier Schuljahren gemäß ihrer vermeintlichen Leistungsstärke kategorisiert, mit geringen Aufstiegschancen. Kinder, die es aufgrund von Lernschwächen oder Behinderungen eh schon schwerer haben, werden so radikal ausgegrenzt und in gesonderte Einrichtungen abgeschoben.

Augenfällig ist dabei der Zusammenhang zwischen dem sozialen bzw. finanziellen Hintergrund der Herkunftsfamilie und der Schullaufbahn. So kann grob festgehalten werden: Je vermöglicher die Eltern, desto höher die Chance aufs Abi.

Für die Hochschullandschaft konstruieren die Herrschenden ein den Schulen analoges Bild: Die Universitäten seien hoffnungslos unterfinanziert und von Studierenden bevölkert, die eh lieber ausschlafen, faulenzeln und mit ihrem BAföG-Anspruch dem Staat auf der Tasche liegen, anstatt ihr Studium schnell durchzuziehen und so die Zukunft Deutschlands aktiv zu gestalten. Auch hier haben vor allem die Länder schnell eine Lösung parat: Sparmaßnahmen einerseits und Einführung von Studienge-

bühren andererseits für die Studierenden, Zentralabitur und Schulzeitverkürzung für SchülerInnen. Das einzig Innovative an den angedachten Maßnahmen ist, dass Bildungsstätten mehr denn je als „Durchlauferhitzer“ für die Wirtschaft begriffen werden, Schulen und Universitäten noch kreativer bei der Verwaltung ihrer spärlichen Mittel sein müssen. In der Konsequenz bedeutet dieses: Reduzierung des Studienangebots und Selektion der Fachbereiche nach ihrer Rentabilität bei der Beschaffung von „Drittmitteln“, sprich Sponsoring durch die Wirtschaft. In welche Richtung sich die Lehrinhalte an der „Daimler/Chrysler-Uni“ oder der „Siemens-FH“ dann wohl entwickeln, ließe sich spekulieren.

Wie diese Maßnahmen zur Zukunftssicherung der Bildungseinrichtungen beitragen sollen, bleibt schleierhaft. Nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass z.B. die Studiengebühren nicht den Univer-

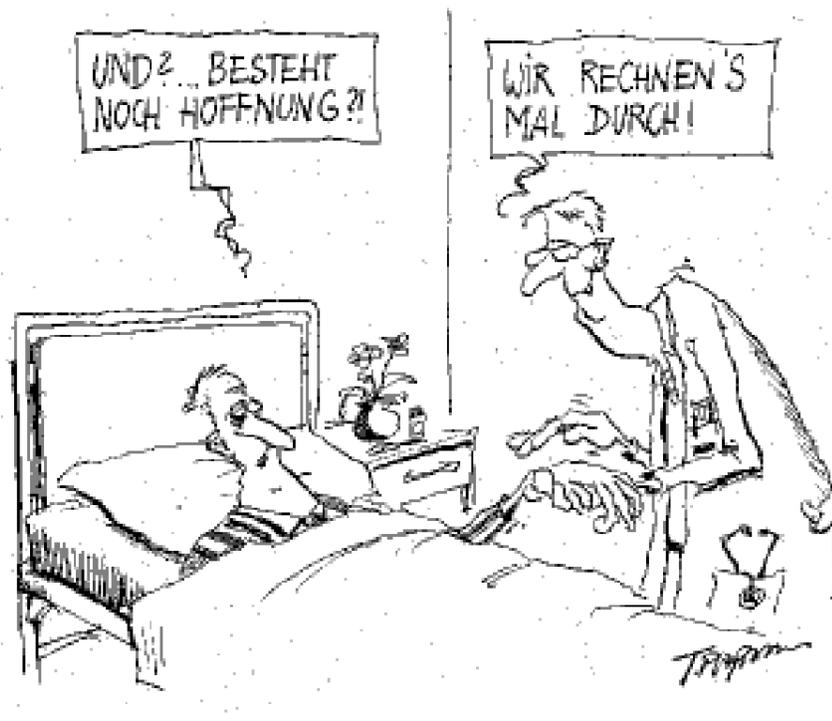
sitäten zugute kommen sollen, sondern zur Stopfung von Finanzlöchern in den Länderhaushalten dienen, ist einfach nicht nachvollziehbar, wie hier der Anspruch einer nachhaltigen Bildungspolitik und die Realität zusammenpassen sollen.

„Was uns übrig bleibt...“

ist, den Klassenkampf, den uns sowohl Regierung als auch Unternehmensverbände offensiv führen, anzunehmen.

Die Pläne von Schröder, Hartz, Rürup usw. zeigen, dass weder Regierung noch Unternehmensverbände dazu bereit sind, den Menschen in diesem Land weiter irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Es liegt also an uns, nicht nur die bestehenden sozialen Errungenschaften zu verteidigen, sondern auch längerfristig eine soziale Gegenmacht

aufzubauen, welche die Herrschenden unter Druck setzen kann. Nur auf der Basis einer lokal verankerten sozialen Gegenmacht, die sich u.a. aus Gewerkschaften und Teilen der „globalen außerparlamentarischen Opposition“ zusammensetzt, kann es uns gelingen, der herrschenden Ideologie und der neoliberalen Globalisierung erfolgreich zu begegnen. Die Antworten auf Sozialabbau, stetig schlechter werdende Arbeitsbedingungen, kapitalistische Globalisierung und zunehmende Militarisierung im nationalen und internationalen Rahmen können nur von einer Bewegung kommen, die transnational für soziale Gerechtigkeit und Demokratie eintritt. Es ist an uns, sich an dem Aufbau einer Bewegung zu beteiligen, die sich in einer langfristigen Perspektive für einen demokratischen Sozialismus einsetzt und damit die Perspektive einer grundlegenden Umwälzung eröffnet.



Ohne Revolution läuft nix !

Fortsetzung von Seite 1

Kapitalverbänden und Regierungen offenen geführten Klassenkampf wieder entschlossen aufnehmen.

Wir müssen offensive Forderungen, wie z.B. die nach einer radikalen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich oder nach der Abschaffung des Arbeitszwangs (s. Artikel) erheben, die bei ihrer Realisierung die Situation der Lohnabhängigen real verbessern könnten, gleichzeitig aber auch bereits über den Kapitalismus hinausweisen. Eine Wiederauflage des sog. „Klassenkompromisses“ der Sechziger- und Siebzigerjahre ist weder erstrebenswert noch – nach dem Ende der Systemkonkurrenz – überhaupt nur denkbar, da es keine vergleichbare Kompromissbereitschaft des Kapitals mehr geben wird.

Kapitalistische Globalisierung von oben durch Globalisierung von unten bekämpfen

Oft wird die „ungebremste Globalisierung“ für die elenden sozialen Zustände hier und anderswo in der Welt

verantwortlich gemacht. Dies ist jedoch verkürzt gedacht. Weder die vermeintliche Regellosigkeit des Kapitalismus noch die modernen Kommunikationstechniken oder gar das Zusammenwachsen der Welt verursachen die Spaltung in Gewinner und Verlierer, in arm und reich – es ist der weltweite Kapitalismus an sich.

Dieser kann indes nicht mit Protektionismus, nationalistischer Kleinstaaterei und rassistischer Abgrenzung bekämpft werden. Vielmehr muss ihm eine internationalistische, basisorientierte außerparlamentarische Bewegung entgegen gestellt werden. Dem konsequenten und zielstrebigem Aufbau einer solchen lokal verankerten und global vernetzten sozialen Gegenmacht kommt große Bedeutung zu, da nur sie der neoliberalen Offensive effektiv Paroli bieten kann. Eine gleichberechtigte, kritische und fruchtbare Zusammenarbeit zwischen sozialen Bewegungen, der Gewerkschaftslinken, der Anti-Kriegs-Bewegung, der Erwerbslosenbewegung usw. ist dabei notwendig, um gemeinsam Aktionsformen, Utopien und Ide-

en für die kommenden Auseinandersetzungen zu entwickeln.

Eine solche Gegenmacht wird einem Gesellschaftssystem, das grenzenloses Profitstreben und Konkurrenzdenken zu erstrebenswerten Grundprinzipien des Wirtschaftens erklärt und ständig Krisen, Konflikte und Kriege produziert, eine klare Absage erteilen müssen! Die herrschende Klasse wird die Kontrolle über die Produktionsmittel, die Gesellschaft und letztlich über unser aller Leben nicht freiwillig aufgeben. Die Überwindung der Klassengesellschaft und des Systems der Lohnarbeit lässt sich – genauso wie auch die Überwindung von Patriarchat und Rassismus – letztlich nur durch eine Revolution erreichen.

Wir wissen, dass dies ein weitgestecktes Ziel in geradezu unerreichbarer Ferne zu sein scheint. Doch wenn uns von Politik und Kapital ständig erklärt wird, dass es in ihrem System keine Alternative zum politischen Programm des Neoliberalismus gibt, dann müssen wir die Perspektive für ein menschenwürdiges Leben außerhalb des Kapitalismus suchen.

Machen wir uns auf den Weg: Für die Revolution!

Die Massenarbeitslosigkeit ist seit über 20 Jahren soziale Realität. In dieser Zeit sind immer wieder neue politische Programme und Rezepte gegen die Arbeitslosigkeit präsentiert worden. Alle diese Maßnahmen hatten zwei Dinge gemeinsam: Erstens verschlechterten sie Stück für Stück die sozialen Rechte und die finanziellen Leistungen für die Arbeitslosen. Zweitens konnten oder sollten sie zum Abbau der Arbeitslosigkeit nichts beitragen, im Gegenteil, diese stieg immer weiter.

Radikale Verkürzung der Arbeitszeit - Weg mit dem Arbeitszwang !

In wenigen Jahren hat Rot-Grün eine massive Verschlechterung der Situation Arbeitsloser in die Wege geleitet. Am Anfang standen die von der Hartz-Kommission verordneten Wunderpillen. Mit den modern anmutenden Begriffen „Ich-AG“, „Quick-Vermittlung“, „PersonalServiceAgentur“ oder „Bridgesystem“ sollte verschleiert werden, worum es tatsächlich geht: Langzeitarbeitslose sollen mit Gewalt entweder aus dem Arbeitsmarkt heraus gedrängt werden (wie vor allem Ältere oder Frauen), in die (Schein-)Selbstständigkeit getrieben oder aber in ungesicherte Billigjobs gedrängt werden. Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und den verschärften Zumutbarkeitsregeln werden Millionen von Menschen in die Armut gedrängt. Die vollmundigen Ankündigungen, dass diese Maßnahmen in nur 3 Jahren die Arbeitslosenzahlen halbieren sollten, haben sich längst als reine Wahlkampf-Propaganda entlarvt.

Einen wirklichen Unterschied zwischen den Parteien gibt es in dieser Frage nicht. Die zusätzlichen Grausamkeiten, wie z.B. die Verlängerung der Arbeitszeit oder die weitere Aushöhlung der Tarifautonomie, die die CDU jetzt fordert, dienen vor allem der Aufrechterhaltung der Illusion, es gäbe bei Wahlen eine tatsächliche Auswahl. Tatsächlich sind Schröder und Merkel im gleichem Maße dem Neoliberalismus und damit dem politischen und ökonomischen Programm des Kapitals verpflichtet. Die jeweiligen JuniorpartnerInnen von FDP und Grünen versuchen sich gar darin, die großen Parteien an Markt-radikalität noch zu übertreffen.

Die verquere Logik des Neoliberalismus

Der offensichtliche Widersinn, die Arbeitslosigkeit durch effektivere Vermittlung und stärkeren Druck auf ange-

lich unwillige und inflexible Arbeitslose bekämpfen zu wollen, während doch tatsächlich einfach Millionen von Arbeitsplätzen fehlen, liegt in der verquerten Logik neoliberaler Wirtschaftstheorie.

In der schönen Welt der reinen Marktwirtschaft, wie sie vom Neoliberalismus versprochen wird, gibt es nämlich gar keine Arbeitslosigkeit. Angebot und Nachfrage führen auf allen Märkten – eben auch auf dem Arbeitsmarkt – zu einem Gleichgewicht, das über den Preis hergestellt wird. Stimmt der Preis, entspricht er dem sog. „Gleichgewichtslohn“, dann finden auch alle Arbeit. Wird der Preis „künstlich“ (z.B. durch Tarifverträge, Arbeitslosengeld usw.) hoch gehalten, ist die Folge Arbeitslosigkeit.

Diese simple Theorie erlaubt es dann, die Arbeitslosen für ihre Lage selbst verantwortlich zu machen. Sie verlangen eben einen zu hohen Preis für ihre Arbeitskraft, haben überzogene Vorstellungen von Arbeitsbedingungen, Anfahrtsweg, Arbeitszeiten usw. Wie hoch der „Gleichgewichtslohn“ ist, ob er überhaupt ausreicht, ein halbwegs menschenwürdiges Leben zu führen, darüber sagt der Neoliberalismus nichts. Auf der anderen Seite wird durch die gleiche Theorie das Kapital aus seiner Verantwortung entlassen. Wenn nicht mehr Jobs geschaffen werden, verhalten sich die Unternehmen schließlich nur marktkonform.

Egal wie viele Wirtschaftsprofessoren und Forschungsinstitute diese menschenverachtende Lehre mit wissenschaftlichen Weihen ausstatten: Der Neoliberalismus kann seinen Charakter als Ideologie, die allein den Interessen des Kapitals dient, nicht verbergen. Heute hat sich diese Klassenideologie so weit durchgesetzt, dass sie von fast allen politischen Parteien vertreten wird und von den meisten Medien kritiklos wiedergegeben wird. Die herrschende Meinung ist eben die Meinung der Herrschenden – zumindest solange und in-

sofern diese Meinungsführerschaft nicht durch eine soziale Gegenmacht offensiv in Frage gestellt wird.

Radikale Forderungen aufstellen!

Die Logik des Kapitalismus ist die Logik der Konkurrenz, des Rechts des Stärkeren und der Maximierung des privaten Profits. Eine andere Logik, die etwa die soziale Gerechtigkeit oder die Schonung der natürlichen Ressourcen in den Mittelpunkt stellt, muss dem Kapitalismus aufgezwungen werden. Die inneren Widersprüche zeigen sich jetzt, da der Kapitalismus (scheinbar) unangefochten die Welt regiert, umso deutlicher. Eine Perspektive für die Entwicklung der Menschheit, für die Überwindung von Hunger und Armut, für eine friedliche und gerechte Welt, kann der Kapitalismus nicht bieten.

Es kann daher auch nicht unsere Aufgabe sein, den sprichwörtlichen „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“ spielen: Wenn wir etwas vom Kapital lernen können, dann ist es die unbeirrte, konsequente und international gut organisierte Vertretung der eigenen Interessen. Es ist hohe Zeit, dass sich die Lohnabhängigen, die Arbeitslosen und Ausgegrenzten von der neoliberalen Gehirnwäsche freimachen und offensiv für ihre Rechte kämpfen.

Auf das Problem der Arbeitslosigkeit angewendet bedeutet dies, zwei zentrale Forderungen zu erheben: Erstens die Forderung nach einer radikalen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, also nach der Aufteilung der vorhandenen Arbeit unter allen, die arbeiten wollen. Und zweitens die Forderung nach der Abschaffung des Arbeitszwangs, der durch die Drohung mit Leistungsentzug, das Absinken auf Sozialhilfeniveau nach nur 12 Monaten, durch unzumutbare „Zumutbarkeitskriterien“ und durch soziale Stigmatisierung aufgebaut wird. Beide Forderungen bedingen und ergänzen einander.

Für eine radikale Arbeitszeitverkürzung !

Eine radikale Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 30, 25 oder gar 20 Stunden, ergänzt durch eine Verlängerung des Jahresurlaubs, bezahlte Freistellungen für Kinderbetreuung usw. ist tatsächlich die einzige theoretisch denkbare Methode, um die Massenarbeitslosigkeit mittelfristig zu beseitigen. Im Durchschnitt der letzten Jahrzehnte wuchs die Produktivität um jährlich etwa 2%. Daraus folgt, dass das jährliche Wirtschaftswachstum ebenfalls mindestens 2% erreichen muss, um die Arbeitslosigkeit bei gleichbleibender Arbeitszeit nicht weiter zu steigern. Um

die Massenarbeitslosigkeit durch Wirtschaftswachstum tatsächlich nennenswert abzubauen, wären Wachstumsraten von mehr als 3% notwendig – und dies nicht in einem Boomjahr, sondern im langjährigen Durchschnitt.

Ein solches Wachstumsszenario ist nicht nur unrealistisch, sondern auch aus ökologischen Gründen schlicht unverantwortlich. Ressourcen- und Energieverbrauch müssten massiv ansteigen, alle halbherzigen Bemühungen um die Reduzierung des CO²-Ausstoßes wären ad absurdum geführt.

Armut und Elend haben – ob global, europäisch oder national betrachtet – nichts mit einem tatsächlichen Mangel an Lebensmitteln oder Konsumgütern zu tun. Das Problem besteht nicht in der Menge, sondern in der Verteilung. Unter kapitalistischen Bedingungen stehen sich der obszöne Reichtum weniger, die enorme Verschwendung etwa für die Rüstung einerseits und das Elend und die Deklassierung von Milliarden Menschen andererseits direkt gegenüber.

Weg mit dem Arbeitszwang !

Die Ideologie und Praxis des Arbeitszwangs erfüllt eine wichtige Funktion bei der Absenkung sozialer Standards, dem Angriff auf Löhne, Tarifverträge und geregelte Arbeitszeiten. Dabei ist das Fatale an dieser Ideologie, dass ihr wahrscheinlich die Mehrzahl der abhängig Beschäftigten und sogar der Arbeitslosen selbst anhängen. Auf den ersten Blick erscheint es ja auch einleuchtend, dass wer Leistungen aus Beitrags- oder Steuermitteln erhält, sich auch um „Arbeit bemühen“ soll, um wieder aus der Abhängigkeit von Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe heraus zu kommen.

Doch bei genauerem Hinsehen sieht die Sache ganz anders aus: Das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ist offenkundig nicht in der Lage, für Millionen von Menschen adäquate Arbeitsplätze bereit zu stellen. Welches Recht nimmt sich die Gesellschaft dann heraus, an diejenigen, die sie als nutzlos an den Rand gestellt hat, Forderungen zu stellen? Die Arbeitslosen können sich noch so sehr um Arbeit bemühen, dies wird die Anzahl freier Stellen nicht erhöhen.

Der Effekt des verstärkten Drucks auf die Arbeitslosen, jeden Job anzunehmen, weite Wege in Kauf zu nehmen, auch unterhalb der eigenen Qualifikation zu arbeiten usw. nützt allein den Interessen des Kapitals. Hatte früher die Arbeitslosenversicherung noch eine gewisse Wahlfreiheit ermöglicht, also Menschen die Chance gegeben, Arbeitsstellen ab-

zulehnen und sich andere, für sie bessere auszusuchen, wird diese Wahlfreiheit jetzt durch den Druck ersetzt, fast jede angebotene Arbeit annehmen zu müssen.

Und viele der Arbeitenden, die auf die angeblichen Faulenzer schimpfen, die es sich von ihren Beiträgen in der sozialen Hängematte bequem machen können, merken gar nicht, dass sie sich mit dieser Argumentation ins eigene Fleisch schneiden. Sie helfen mit, den Druck auf sich selbst zu verstärken, härter und schneller zu arbeiten, keine Forderungen zu stellen, auch unbezahlte Überstunden zu machen usw. Bis es sie dann selbst erwischt und sie als Langzeitarbeitslose von Deklassierung bedroht sind oder demnächst von einem Jobcenter in einen Billigjob „quick“-vermittelt werden sollen.

Die behauptete gesellschaftliche Spaltung zwischen „Arbeitsplatzbesitzenden“ und Arbeitslosen entspringt nur der neoliberalen Propaganda. Der Kampf gegen den Arbeitszwang und für das eigentlich selbstverständliche Recht, einen Arbeitsplatz annehmen, aber auch ablehnen zu können, sollte daher Beschäftigte und Arbeitslose einen.

Der Doppelcharakter der Arbeit

Obwohl Arbeit für viele unter kapitalistischen Bedingungen eine entfremdete Tretmühle bedeutet, eine Situation des Drucks und der Fremdbestimmung, so bedeutet Arbeit doch gleichzeitig auch gesellschaftliche Teilhabe. Wenn in einer Gesellschaft Millionen dauerhaft von der Teilnahme am Produktionsprozess ausgeschlossen werden, so ist dies nicht ausschließlich ein Problem ihrer materiellen Versorgung. Ihnen wird vielmehr signalisiert, dass die Gesellschaft sie nicht braucht, dass sie überflüssig sind, aufs Abstellgleis geschoben werden können.

Der dauerhafte Ausschluss von Millionen Menschen aus der Produktion beschneidet im übrigen auch deren politische Möglichkeiten. Schon die Entwicklung von Forderungen nach veränderten Produktionsweisen, anderen Produkten oder gar der Abschaffung der Lohnarbeit selbst wird von ihnen kaum entwickelt werden. Sicher ist aber, dass die Durchsetzungsmöglichkeiten der Forderungen für solche Forderungen minimal sind.

Daher kann sich nach unserer Überzeugung die Linke nicht mit der Massenarbeitslosigkeit abfinden oder sie gar für den Vorboten einer neuen, vom Arbeitszwang befreiten Welt halten.

Letztlich kann aber der Widerspruch zwischen der Arbeit, wie sie ist, und der Arbeit, wie sie sein könnte, nur durch die Aufhebung des Systems der Lohnarbeit und die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln gelöst werden. Diese revolutionäre Perspektive darf über den Tageskampf um soziale Rechte nicht vergessen werden. Für diese Perspektive suchen wir MitstreiterInnen, damit der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte bleibt.



Ende letzten Jahres scheiterte die Verabschiedung einer Verfassung der Europäischen Union. Grund waren Machtkämpfe um künftige Entscheidungsstrukturen, Abstimmungsverfahren, Stimm- und Postenvergaben in der erweiterten EU. Während der Verfassungsprozess gerade zu Beginn des Irakkriegs als Symbol für ein angebliches „ziviles Europa“ und dessen „demokratische Werte“ (in Abgrenzung zur Kriegspolitik der USA) gepusht wurde, ließen sich schließlich auch hier, genau wie bei der Haltung zum Krieg, die Unstimmigkeiten im europäischen Lager nicht mehr verdecken. Doch das Scheitern ist nur ein vorläufiges – nach dem Regierungswechsel in Spanien läuft die Suche nach einem Kompromiss auf vollen Touren weiter und soll noch unter der irischen Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2004 zum Abschluss gebracht werden.

EU-Verfassung: Grundrecht auf Profit?

Der zunächst gescheiterte Verfassungsentwurf wurde seit dem 28.2.2002 über 16 Monate hinweg vom Konvent ausgearbeitet und sollte den Regierungschefs in Rom zur abschließenden Debatte und Abstimmung vorgelegt werden. Neben einer Grundrechte-Charta besteht er vor allem aus zwei Teilen, die die institutionellen Strukturen und Verfahren der erweiterten EU sowie ihre politische Orientierung festlegen.

Bei einigen Menschen herrschte und herrscht die Hoffnung, dieser Entwurf könnte als Ausgangspunkt für die Schaffung eines „sozialen Europas“ dienen. Doch die EU-Verfassung als Bezugsrahmen für ein solidarisches und offenes Europa zu wählen, ist höchst fragwürdig. In der Hoffnung, Versatzstücke nationaler Sozialstandards zu retten und die rasante, scheinbar unaufhaltsame ökonomische Integration der EU-Staaten zu beeinflussen, wird die Zielsetzung eben dieses ökonomisch motivierten Prozesses völlig vernachlässigt. Eine Verfassung in der angedachten Form kann jedoch, auch bei noch so großen Kraftanstrengungen, niemals eine soziale Handschrift tragen. Zu offensichtlich ist die Intention, neoliberale Wirtschaftsmaximen des freien Wettbewerbs und der absoluten Kapitalfreiheit sogar als Verfassungsgrundsätze zu legitimieren und auf Dauer festzuschreiben.

Die EU -Verfassung – unsozial ...

Die Bestrebungen, der EU eine Verfassung zu geben, sind ein weiterer logischer Schritt im seit 1957 laufenden Annäherungsprozesses. Mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), später EG/EU, wurde der zuallererst ökonomische Rahmen der europäischen Integration gesetzt. Im wesentlichen folgte sie deutschen ökonomischen Ordnungsvorstellungen. Dies betrifft insbesondere die Wettbewerbspolitik (Wettbewerbs-

recht), die Durchsetzung offener Märkte (Binnenmarktrecht) und schließlich die an Geldwertstabilität orientierte Wirtschaftspolitik (Stabilitätspakt). Sogar die Europäische Zentralbank wurde weitgehend nach dem Muster der Deutschen Bundesbank konstruiert.

Mit dem Verfassungsentwurf wird dieser Kurs zementiert und gleichzeitig radikalisiert. Deutlich wird das daran, dass aus dem Entwurfstext sprachliche Anspielungen auf eine „soziale Marktwirtschaft“, die sonst noch hier und da als legitimatorisches Deckmäntelchen erhalten mussten, weitgehend getilgt wurden. Stattdessen ist jetzt an mehreren Stellen (z. B. in Art. III-69, Art. III-70 und Art. III-77) ganz direkt von einer „offenen Marktwirtschaft mit freiem und unverfälschtem Wettbewerb“ als Zielsetzung und oberste Handlungsmaxime der EU-Politik die Rede. Auch damit wird letztlich nur auf EU-Ebene umgesetzt, was in der Mehrheit der Mitgliedstaaten in den letzten Jahren bereits Regierungspraxis ist.

Obwohl der Vertragsentwurf an vorderer Stelle auch eine Grundrechte-Charta enthält, sind die darin enthaltenen Zugeständnisse doch kaum mehr als leere Versprechungen. Denn im dritten Teil der Verfassung, der die konkrete Politik der EU festlegt, werden sie durch die Dominanz neoliberaler Wirtschaftsweisen allesamt gleich wieder ausgehebelt. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass die in der Charta enthaltenen sozialen Rechte ohnehin äußerst dürftig angelegt sind: So fehlt beispielsweise jede Garantie einer Mindestabsicherung im Fall von Erwerbslosigkeit oder Rente. Sämtliche sozialen Errungenschaften sind außerdem nicht als verbindlich vorgesehen, sondern unter Finanzierungsvorbehalt gestellt – sie dürfen die „Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der Union“ nicht untergraben, „das finanzielle Gleichgewicht nicht beschädigen“, und die „Leistungen der Daseinsvorsorge sollen mit den Vorschriften des Binnenmarktes vereinbar

sein“. Demgegenüber soll die „unternehmerische Freiheit“ in den Verfassungsrang erhoben werden. Deutlicher lässt sich der Vorrang der Grundsätze des Binnenmarktes und des freien Wettbewerbs vor allen anderen Politikfeldern nicht herausstellen.

... gewalttätig ...

Gleichzeitig wurde und wird im Kontext des Verfassungsprozesses und der weiteren Integration statt an einer gemeinsamen Sozialpolitik an einem anderen Akzent in dem Entwurf gefeilt: Die

„Missionen“ einschließlich von „Kampfeinsätzen im Rahmen der Krisenbewältigung“ zur Verfügung gestellt werden (Art. III-205) – so wird eine EU-Armee aufgebaut, die europäische Interessen überall auf der Welt militärisch durchsetzen soll.

... und undemokratisch

Hinzu kommt, dass das Prozedere des Verfassungsprozesses wieder einmal das grundsätzliche Demokratiedefizit der EU offenbart. Die scheinbare Beteiligung der so genannten Zivilgesell-

mit dem Verfassungsprojekt) die Konventmethode etabliert – ganz nach dem Motto „Wenn du nicht mehr weiter weißt, gründe einen Arbeitskreis“.

Problematisch daran ist nicht nur, dass der Rat der Staats- und Regierungschefs weiterhin das letzte Wort im Verfassungsprozess hat und damit das Demokratiedefizit der Regierungskonferenzen keineswegs überwunden ist. Auch der Konvent selbst wird nicht einmal den mit einer Verfassung assoziierten bürgerlichen Demokratievorstellungen gerecht. Denn weder wurden seine Mitglieder von den Menschen in der EU direkt gewählt, noch war vorgesehen, dass die Bevölkerung in Referenden direkt über den Entwurf abstimmen kann.

Dieses Europa ist nicht unser Europa!

Der Verfassungsentwurf reproduziert, trotz der einen oder anderen fortschrittlichen Formulierung beispielsweise bei der Gleichstellungspolitik, das Design der Verträge von Maastricht und Amsterdam, welche durch Mängel der demokratischen Legitimation und einseitige ökonomische Ausrichtung gekennzeichnet sind. Er erhebt den Markt zum Dogma und schreibt damit den Neoliberalismus als einen ideologischen Pfeiler der Europäischen Union fest. Daran ändert auch ein soziales Feigenblatt nichts. Wohlgerichtet, nicht wegen dieser grundsätzlichen politisch-ideologischen Ausrichtung gerieten die Regierungschefs der aktuellen und werden den Mitgliedsstaaten aneinander, sondern „nur“ wegen Fragen der künftigen Machtverteilung.



Demonstration gegen den EU-Gipfel in Kopenhagen, Dezember 2002

ohnein schon weit vorgeschrittene Militarisierung der EU soll in Form der sog. „Sicherheitspolitik“ fest- und fortgeschrieben werden.

Die Mitgliedsstaaten werden in der Verfassung zur „schrittweisen Verbesserung ihrer militärischen Fähigkeiten“, d.h. zur Aufrüstung verpflichtet (Art. I-40). Die so erzielten „militärischen Fähigkeiten“ sollen dann der EU zur Durch-

schaft gehört seit geraumer Zeit zum Programm der EU-Strategen. Dies ist vor allem als legitimatorische, weitgehend kosmetische Reaktion auf die wachsende Kritik an der undemokratischen politischen Praxis der EU-Institutionen zu verstehen, die eine neue Arbeitsform notwendig machte. Dementsprechend wurde zum Zweck neuer Konsensstiftung (im Zusammenhang

Angesichts dieser Einigkeit ist der Versuch, weitergehende soziale Standards auf EU-Ebene mittels der Verfassung zu etablieren, zum Scheitern verurteilt. Ein Europa, das den Interessen des Profitstrebens und des Kosten-Nutzen-Kalküls diametral entgegensteht, kann nur gemeinsam erkämpft werden.

Die EU-Verfassung als Ansatzpunkt für soziale Kämpfe zu wählen, würde nicht nur zu einem Scheitern dieser Kämpfe auf europäischer Ebene führen. Es würde außerdem bedeuten, die herrschenden globalen Ordnungsvorstellungen zu akzeptieren, die auch in dieser Verfassung reproduziert werden und die Vormachtstellung der EU auch verfassungsmäßig legitimieren sollen – mit allen ihren kriegerischen Auseinandersetzungen, mit Unterdrückung und Ausbeutung großer Teile der Welt.

Lasst uns gemeinsam den Widerstand auf die Straße tragen und auf allen Ebenen für eine solidarische und herrschaftsfreie Welt ohne Grenzen kämpfen. Für eine kraftvolle Gegenbewegung, die den herrschenden Verhältnissen den Boden unter den Füßen wegriißt – in Europa und überall auf der Welt.



„Unsere Überzeugung war und ist, dass diese Gesellschaft revolutionär verändert werden muss und dass die hierfür notwendige gesellschaftliche Gegenmacht nicht allein aus spontanen Bewegungen bestehen kann, sondern die Beteiligung revolutionärer Organisationen braucht.“

(aus dem AVANTI-Grundsatzpapier, 11.12.1999)

www.avanti-projekt.de
info@avanti-projekt.de

KIEL: c/o Ini-Zentrum, Schwefelstr. 6, 24118 Kiel, kiel@avanti-projekt.de
HAMBURG: c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg, hamburg@avanti-projekt.de
NORDERSTEDT: c/o SZ, Ulzburger Str. 6, 22850 Norderstedt, norderstedt@avanti-projekt.de
LÜBECK: c/o ALZ, Schwartauer Allee 39/41, 23554 Lübeck, luebeck@avanti-projekt.de
FLENSBURG: c/o Schlachtereier, Norderstr. 135, 24939 Flensburg, flensburg@avanti-projekt.de